

# Der Kampf

XX 964



## Flugzeitung für die revolutionäre Betriebsorganisation

Nr. 3

Redaktion: Bremen, Buchstraße 42. Telefon: Nof. 8108. Schriftleitung: Heinrich Gerland, Bremen Expedition: Pöhlitz-Verlag, Bremen, Buchstr. 42. Telefon: Nof. 8108. Alle Sendungen sind zu richten an Pöhlitz-Verlag, Bremen, Buchstr. 42.

Montag, 10. November 1919

Erscheint in der Regel wöchentlich. In Mitglieder der Betriebsorganisation wird die Zeitung kostenlos abgegeben. Für Nichtabnehmer Preis der Nummer 20 Pf. Anzeigen: Die sechs-spaltige Zeitzeile 48 Pf. u. 20% Feuerungszuschlag.

1. Jahrg.

### Gewaltige Kämpfe in Amerika.

Das Land der „Sieger“ das Land des goldenen Dollars durchlebt im Augenblick gewaltige Krisen. Die wirtschaftliche Mislage macht sich auch im Lande Wilsons mit jedem Tage mehr bemerkbar. Die Klassegegensätze verschärfen sich zusehends. Und während das Kapital goldene Ernte zu halten glaubte, wurden diese Illusionen zerstört durch die Erhebung der amerikanischen Stahlarbeiter. Mit vieler Mühe gelang es den kapitalistischen Knechten, die Bewegung zu unterdrücken. Und schon stand eine neue Kampftruppe auf, um gegen das Joch des Kapitalismus zu revolutionieren. Der New Yorker Hafnarbeiter-Streik, der sich in kurzer Zeit über die ganze Küste ausbreitete zeigte der gesamten Welt, daß der Konfliktstoff mit der Erledigung des Stahlarbeiter-Streiks sein Ende nicht gefunden hatte. In dem Augenblick, wo vor allen Dingen die europäischen kapitalistischen Länder auf die Ausfuhr von Lebensmitteln, Kohlen und Rohstoffen warteten, in demselben Augenblick zeigten die amerikanischen Hafnarbeiter für die Räte der kapitalistischen Welt kein Verständnis und streikten. Und noch hält dieser Streik alle Welt in Atem, da bringt uns der Telegraph neue Kunde von weiteren Klassenkämpfen. Die Bergarbeiter sind in den Streik getreten. Im Augenblick schätzt man die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken auf rund 735 000 Mann. Man spricht davon, daß rund 100 000 Arbeiter in den Gruben verblieben sind.

Wenn man bedenkt, daß fast die gesamte Welt zum großen Teil auf die amerikanische Kohlewirtschaft wartet, so wird man die Bedeutung des Streiks auch ohne nähere Erklärung verstehen und wie sehr gerade die amerikanische Regierung den Streik der Bergarbeiter zu spüren hat, geht aus ihren getroffenen Maßnahmen hervor. Nach der „New Yorker Times“ hat die Regierung einen Erlaß veröffentlicht, der den Führern der Gewerkschaften jede schriftliche und mündliche Propaganda, die auf eine Weiterführung des Streikes hinführen könnte, untersagt. Die Regierung verlangt, daß die Gewerkschaftsführer ihre bereits ausgegebenen Streikparolen sofort rückgängig machen müssen. Auch ist ihnen das Auszahlen von Streikunterstützungen sowie die Bildung von Streikkassen verboten. Gegen die Führer der Gewerkschaften soll ein Verfahren anhängig gemacht werden, in dem sie der Verschwörung in bezug auf Herabsetzung der Erzeugung und der Lahmlegung der Eisenbahn beschuldigt werden. Weiter hat die Regierung angeordnet, daß 52 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie, 4 Regimenter Kavallerie und 20 Maschinengewehr-Bataillone für die Bewachung der Bergwerke zur Verfügung gestellt werden. Eine allgemeine Beschlagnahme der Kohle, sowie eine den Verhältnissen entsprechende Brennstoffzuteilung, wie sie bereits während des Krieges gepflegt worden ist, ist erneut angeordnet.

Die Gompers stehen den Ereignissen machtlos gegenüber. Es bleibt diesen sozialimperialistischen Gewerkschaftsführern nichts weiter übrig, als hinter der Masse herzulaufen. Den Mut zum Streik aufgeben haben sie nicht, da sie befürchten, daß in diesem Falle ihnen die Mitglieder davonlaufen würden. Auf der anderen Seite fürchten sie die Maßnahmen der kapitalistischen Regierung, die sie mit Gefängnis, ja mit Kugeln und Blei bedrohen — und sie haben ihr Leben doch so lieb. So werden diese gewerkschaftlichen Söldner zwischen dem revolutionären Proletariat und der kapitalistischen Regierung solange gedrückt werden, bis sie eines Tages zerdrückt sind.

Die amerikanischen Streiks haben in ihrem Wesen schon immer eine besondere Note gehabt, auch sind die amerikanischen Arbeiter in ihrer Latenzkraft etwas weiter wie die Deutschen. Wenn die neuesten Meldungen richtig sind, so haben die Führer die Herrschaft über die Massen bereits verloren. Ob die Aktionen auf rein wirtschaftliche Kämpfe beschränkt bleiben, wird sich in diesen Tagen zweifellos entscheiden.

Auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Amerikas und die Bedeutung der Streiks kommen wir noch zurück.

### Berliner Metallarbeiterstreik

Der Streik wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach verschärfen. Nachdem die Metallindustriellen die Forderungen der Berliner Metallarbeiter abgelehnt haben, hat die Generalversammlung des Verbandes der Berliner Metallarbeiter zu der neu geschaffenen Situation Stellung genommen. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, daß sämtliche Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sofort in den Ausstand zu treten hätten. Demnach hätte der Generalstreik der Metallarbeiter bereits am Mittwoch eingesetzt. Bis jetzt liegen sichere Meldungen nicht vor.

Die Unternehmer versuchen, mit allerlei Tricks die Arbeiter wieder in die Betriebe zu locken. Sie versenden außerordentlich viel Briefe, Kartes, usw. um die Kampffront der Streikenden zu durchbrechen. Bis jetzt haben diese Versuche fast keinen Erfolg gehabt.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich einer Meldung zufolge, gegen den Generalstreik erklärt. Es heißt so: Die am Mittwoch nachmittag tagende Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission lehnte den Eintritt des Generalstreiks mit 66 gegen 60 Stimmen ab. Dagegen gelangte ein Antrag Schmidt zur Annahme, wonach der Ausschuß der Gewerkschaftskommission beauftragt wird, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßregelungen der bisherigen Betriebsvertrauensleute rückgängig zu machen.

Wir haben bereits wiederholt darauf verwiesen, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit Verhandeln den Sieg an sich zu reißen glaubt. In Wirklichkeit wird durch das Hinausschieben einer Massenaktion, zu der sich der Generalstreik in Berlin ausweiten könnte, die Schlagkraft des Proletariats und der Kampfeswille der Arbeiterschaft nur gelähmt. Es wird sich nunmehr zeigen müssen, ob die Berliner Metallarbeiter sich weiterhin in der Anwendung der Kampfesschritte von der Gewerkschaftsbürokratie Vorschriften machen lassen wollen, oder aber sie gewillt ist, über die Köpfe der „Verhandler“ hinweg ihre Aktion selbst zu leiten. An dem Berliner Proletariat wird es dann weiterhin liegen, ob es durch Solidaritätsbekundungen eine gewaltige Aktion siegreich beenden helfen will. Die nächsten Tage werden uns die Gewissheit bringen.

### Werftarbeiter — Akkordlohn.

Reichlich ein halbes Jahr schlagen sich die Werftarbeiter mit dem Werftindustrie-Kapital wegen Lohnforderungen herum. Das Kapital ist „geneigt“, den Arbeitern ca. 10% Zuschlag auf ihren Stundenlohn zu gewähren unter der Voraussetzung, daß das Stücklohnsystem angenommen wird. Ursprünglich hatte man auch den Verheirateten eine Wirtschaftsbeteiligung von 600.— Mk. zugebilligt. Nach den neuen Verhandlungen sind auch diese 600.— Mk. gestrichen worden. Das Kapital ist jetzt bereit, bei Annahme seiner Bedingungen die Lohnerhöhung ab 23. September zu gewähren. Eine Werftarbeiter-Konferenz hat sich mit 57 gegen 50 bei 3 Stimmen Enthaltung für die Annahme dieser Bedingungen ausgesprochen mit der Begründung, daß es dem Metallarbeiter-Verband nicht möglich sei, neben dem Berliner Streik auch noch einen Werftarbeiterstreik zu finanzieren. Mit diesem Zugeständnis haben die Gewerkschaften ihren Bankrott erklärt. An der Arbeiterschaft der gesamten Werftindustrie wird es nun liegen, sich zu entscheiden, ob sie sich unter das kapitalistische Joch beugen oder den Kampf gegen die Gesellschaft aufnehmen wollen.

### Was Bonzen reden.

**Fernike**, (Sekretär des Metallarbeiter Verbandes): „Es war ein großer Fehler die Akkordarbeit zu beseitigen, als man die politische Macht hatte.“

„Die Beseitigung der Akkordarbeit ist ein Verbrechen, nicht nur an den Werftarbeitern, sondern an ganzen deutschen Volke.“

„Auf dem Metallarbeiter-Verbandstag ist der Antrag, die Akkordarbeit abzuschaffen, abgelehnt, und der Verbandsvorstand würde eine Bewegung, die die Beseitigung der Akkordarbeit zum Ziele hat, nicht genehmigen.“

Arbeiter merkt euch die Ausprüche! Denkt daran, wenn jene Herrschaften euch wieder mit revolutionären Phrasen betören wollen.

### Die Akkordarbeitschande.

„Sisyphusarbeit“ hat vor Jahren einmal die Genossin Rosa Luxemburg die Tätigkeit der Gewerkschaften genannt. Soweit das Streben der Gewerkschaften darauf gerichtet war, die Lebenshaltung des Proletariats in seiner Gesamtheit durch Lohnaufbesserung zu heben, war diese Charakterisierung richtig, und in diesem beschränkten Sinne war sie auch nur gemeint. Die Vorteile, die sich für die Arbeiterklasse und für ihren Befreiungskampf aus einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, worin die andere Hauptaufgabe der Gewerkschaften bestand, ergaben, werden von niemandem bestritten. Insbesondere der Kampf um die Beseitigung der Akkordarbeit bildet ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Unzählige Male in Wort und Schrift wurde den Arbeitern von den Gewerkschaftsführern klar gemacht, wie schädlich die Akkordarbeit für den einzelnen Proletarier wie auf die Masse des Proletariats wirkt. Allen Widerständen, die das Unternehmertum diesen Bestrebungen der Gewerkschaften entgegensetzte, zum Trotz, brach sich allmählich die Überzeugung von der Richtigkeit des von den Gewerkschaften geprägten Sages: „Akkordarbeit ist Mordarbeit!“ Bahn und führte immer mehr zur Beseitigung dieses infamsten aller Ausbeutungssysteme. Die Novemberrevolution brachte den vollständigen Sieg. So sehr die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie die Revolution bekämpfte, so sehr sie sofort nach ihrem Ausbruch alles daran setzte, um die Konterrevolution zu organisieren, so sehr konnten die Gewerkschaftsführer mit dieser Errungenschaft der Revolution, der Beseitigung der Akkordarbeit, zufrieden sein. Die Durchführung des Zeitlohnsystems an Stelle des Akkordlohnes wurde von diesen nüchternen Realpolitikern als Erfolg der ihnen im allgemeinen widerwärtigen Revolution gepriesen. Mit dieser Errungenschaft glaubten sie den während des Krieges gesunkenen Einfluß der Gewerkschaften und damit ihren persönlichen Einfluß heben zu können.

Diese an sich garnicht so dumme Rechnung wurde von der Gewerkschaftsbürokratie aber nicht mit ihren Herren, den deutschen Unternehmern, gemacht. Waren die Gewerkschaftsführer während des Krieges, ja, schon vor ihm Handlanger des Unternehmertums gewesen, so konnte und wollte dieses nach dem Kriege auf ihre billigen und willigen Dienste nicht verzichten. Da das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führertum einen sozialistischen Aufbau Deutschlands nicht wollte, auf der anderen Seite um keinen Preis freiwillig auf die einflussreichen Stellungen, die sie in den Novembertagen dank der Leichtgläubigkeit des Proletariats erschleichen konnten, zu verzichten gedachten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich in den Dienst des Wiederaufbaues der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu stellen.

Nun ist das kapitalistische System ohne Ausbeutung des Proletariats undenkbar. Schon in ruhigen Zeiten, in einer Epoche blühender deutscher Volkswirtschaft wurden vom Unternehmertum die raffiniertesten Methoden angewandt, um das Maß der Ausbeutung des Proletariats immer mehr zu steigern. Durch den Krieg und die Niederlage ist Deutschlands Wirtschaft zerrüttet. Ihr Wiederaufbau allein ist nur unter noch schärferen Ausbeutungsmethoden als bisher möglich. Nun ist nicht nur Deutschlands Wirtschaftsleben vernichtet, auch finanziell ist es bankrott. Die inneren Schulden belaufen sich auf 400 bis 500 Milliarden Mark. Mindestens ebenso hoch ist die von der Entente auferlegte Kriegslast. Die Ausbringung der in die Milliarden gehenden Zinsen (von der Tilgung der Schulden ganz zu schweigen) ist nur durch eine ins Ungeheure gesteigerte Produktion, d. h. durch eine ungeheuerere Mehrleistung an Arbeit denkbar.

Aber diese Zusammenhänge sind sich die Kapitalisten und ihre Helfershelfer, die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer, klar. Diese Erkenntnis verpflichtet die letzteren, im Interesse ihrer Herren die ihnen noch nachlaufenden Massen systematisch über das, was diesen droht, im Unklaren zu lassen. Was indessen diese Arbeiterverräter selbst unter Anwendung der brutalsten und gemeinsten Mittel nicht verhindern können, ist die wachsende Enttäuschung der Arbeitermassen darüber, daß die

Revolution ihnen gar keine Vorteile, dafür aber schwerere Lasten als bisher gebracht hat. Diese Enttäuschung äußert sich ganz natürlich in Arbeitsunlust. Arbeitsunlust aber bedeutet nicht Fortgang sondern Rückgang der Produktion. Schon in normalen Zeiten mußte sich das Unternehmertum der arbeitsunlustigen Elemente erwehren, sollte der Profit nicht zum Teufel gehen. Um wieviel weniger kann heute das Unternehmertum Arbeiter gebrauchen, die statt sich bis zum Weißbluten ausbeuten zu lassen, ihre Arbeitskraft zu schonen verstehen.

Das deutsche Unternehmertum steht nicht mehr wie vor dem Kriege ebenbürtig neben den Kapitalisten der übrigen Länder. Es ist zum Basallen des Ententekapitals herabgesunken. Dieses läßt das deutsche Unternehmertum nur dann und insoweit verdienen, als das letztere in der Lage ist, aus der Arbeitskraft des deutschen Proletariats soviel herauszuschinden, daß nach Befriedigung der Ansprüche des Ententekapitals noch ein Rest für die deutschen Arbeitgeber übrig bleibt. Das deutsche Unternehmertum hätte sich, wäre der Krieg siegreich ausgegangen mit dem Zeitlohnssystem und einer arbeitswilligen und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft abgefunden, jetzt wo es durch die Niederlage von der Gnade des Ententekapitals abhängig ist, bleibt ihm garnichts anderes übrig, als durch Wiedereinführung der Akkordarbeit die Arbeitsunlust zu beseitigen. Darüber hinaus muß der deutsche Unternehmer ungeheuer viel mehr aus dem Arbeiter herauspressen als früher. Die Wiedereinführung der Akkordarbeit ist daher gleichbedeutend mit der Beseitigung des Achtstundentages.

Die Akkordarbeit weckt im Arbeiter die Erwerbssücht. Je intensiver und je länger er arbeitet, desto höher ist sein Verdienst. Möglichst viel zu verdienen, zwingt ihn auch die täglich wachsende Not. Es wird daher garnicht großer Anstrengungen bedürfen, um ihn zur Leistung von Überstunden zu bewegen. In vielen Fällen wird er sich sogar zu einer zweiten Schicht drängen, um ja nur möglichst viel Geld nach Hause zu bringen. Als ob ein Lohn in doppelter und dreifacher Höhe sein Elend zu mildern imstande wäre! Es kommt für den Lohnarbeiter doch nicht darauf an, wieviel blaue oder gelbe oder rote oder grünen Lappen der Unternehmer ihm in die Lohntüte steckt, sondern wieviel er mit seinem Lohn kaufen kann.

Nun sinkt die Kaufkraft des Geldes rapide. Sie sinkt viel schneller, als daß er das Sinken durch verstärkte Arbeitsleistungen ausgleichen könnte. Der Arbeiter verelendet durch die Wiederaufnahme der Akkordarbeit, durch die Preisgabe des Achtstundentages nur noch mehr. Der Unternehmer indessen hat durch die Wiedereinführung der Akkordarbeit, durch den 10-, 11- und 12-Stundentag erreicht, was er wollte: Der Arbeiter arbeitet wieder, und darauf kam es ihm an. Höhere Löhne zu gewähren, bedeutet für den Arbeitgeber keine Schmälerung seines Verdienstes, denn heute ist er mehr den je in der Lage, die Lohnerhöhungen auf den Preis der Ware aufzuschlagen. Einzig und allein die Kanaille zum Arbeiten zu bringen, sie um den Preis der Existenz zu restloser Vergabe ihrer Arbeitskraft zu zwingen, mußte das Bestreben der Kapitalisten sein. Ohne die Unterstützung der Partei- und Gewerkschaftsführer wäre ihm dies nicht gelungen. Das Verbrechen der Wiedereinführung der Akkordarbeit, dieses ruchloseste Schandbubenstück in der Geschichte der Arbeiterbewegung kann das Partei- und Gewerkschaftsbürokratengefindel als seinen Erfolg buchen. Nie der größte Lüge ist das Gefasel der Arbeiterverräter, daß eine Veredelung der Akkordarbeit möglich sei. Die Akkordarbeit war schon in Friedenszeiten Mordarbeit, sie ist es heute noch viel mehr. Mörderarbeit ist das Werk der Gewerkschafts- und Parteibürokratie. Durch ihre verbrecherische Tat hat sie in dem Arbeiter das Solidaritätsgesühl gemeuchelt. Der Sieg der Akkordarbeit bedeutet die Atomisierung, die Rechtslosmachung, die völlige Versklavung des Proletariats — ohne daß dadurch das Schicksal des kapitalistischen Deutschlands gemindert werden könnte. Das kapitalistische Deutschland ist infolge des Ausganges des von ihm verschuldeten, imperialistischen Raubkrieges, des Versailler Friedens, dem Untergange geweiht. Hat der imperialistische Krieg schon Millionen von Proletariern gekostet, wozu soll sich das Proletariat zu weiteren Millionen auf dem Schlachtfelde der Arbeit für den nutzlosen Versuch des Wiederaufbaus eines kapitalistischen Deutschlands opfern? Mögen die Kapitalisten selber das kapitalistische Deutschland aufrichten. Der Proletarier hat nur ein Interesse: daß dieses kapitalistische Deutschland möglichst bald verschwindet. Der Eintritt dieses Ereignisses wird durch die Wiedereinführung der Akkordarbeit verzögert. Daher: Nieder mit der Akkordarbeit, weg mit dem Mordlohn! Nieder mit den Mördern der Arbeiter-solidarität!

## Unannehmbares im Betriebsräte-Gesetzentwurf.

So überschreibt das B. L. einen Artikel. Unannehmbares nicht etwa für die Arbeiter, für diese

ist der ganze Entwurf unannehmbare, sondern für die Herren Unternehmer.

Der Artikel beginnt mit den vielen Rechten, die man den Arbeitern gewähren wolle, um sie an Betriebe zu interessieren. „Indessen“, fährt Gotthein, der Verfasser, fort: „Indessen, der Arbeiter, auch der Angestellte ist an dem wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen Unternehmens nicht entfernt so interessiert, wie der Unternehmer, der sein Vermögen darin stecken hat und mit ihm haftet. Der Arbeitnehmer findet, wenn das Einzelunternehmen verkracht, an anderer Stelle Beschäftigung; (oder er bleibt auf der Straße liegen, eine Möglichkeit, die das B. L. natürlich schamhaft verschweigt) der Unternehmer aber verliert nicht nur sein Kapital, sondern auch seinen geschäftlichen Ruf, oft die Möglichkeit, überhaupt noch ein selbständiges Geschäft aufzumachen, seine Arbeitskraft zu verwenden.“ (Ja, er könnte womöglich gezwungen sein, Arbeitnehmer zu werden, selbst zu arbeiten. Ein Gedanke, der so grauig ist, daß ihn das B. L. gar nicht erwähnt.)

Daher folgert das B. L.: „Die eigentliche Geschäftsführung muß schon deshalb Sache des Arbeitgebers bleiben.“

Und das B. L. fährt fort: „Angestellte und Arbeiter können mit dem Arbeitgeber vereinbaren, sich öffentlicher Arbeitsnachweise zu bedienen, können auch eine gewisse berufliche Vorbildung vereinbaren. Darüber hinaus aber muß der Arbeitgeber in der Wahl seiner Mitarbeiter frei sein. Das liegt auch im Interesse der Arbeitnehmer selbst.“

Selbstverständlich! Wie könnte es auch im Interesse des Arbeiters liegen, über sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen! Schon weil sonst der Arbeiter, wie das B. L. schreibt, nach politischen Gründen sich in der Wahl der Mitarbeiter richten könnte. Und das wäre für den Unternehmer natürlich ein Graus. Daß der Arbeiter schließlich von selbst darauf kommen könnte, daß der politische und der wirtschaftliche Kampf eine Einheit seien, hält das B. L. für eine Unmöglichkeit. Und es schreibt:

„Auch wenn vorgeschrieben würde, daß politische Gesichtspunkte dabei auszuschalten seien, würden die terroristischen Elemente unter den Arbeitnehmern sich daran wenig kehren.“

Weiter: „Die christlichen Arbeiterorganisationen ebenso wie die Hirsch-Duncker'schen, lehnen daher mit aller Entschiedenheit das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Einstellung ab. Die freien Gewerkschaften haben es ursprünglich auch nicht gefordert; erst unter dem Druck weiter links stehender Elemente sind sie dazu gedrängt worden.“

Schrecklich! Trotz aller Gewerkschaftsbonzen haben die „linksstehenden Elemente“ es durchgesetzt, daß die Freien Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht fordern.

Und das B. L. schreibt ein paar Zeilen weiter: „Wer den Arbeitern die politische wie die Organisationsfreiheit wahren will, muß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Einstellung von Arbeitern und Angestellten bekämpfen.“

Wie? Noch einmal diesen Satz, ich habe ihn nicht ganz verstanden: Wer den Arbeitern die Organisationsfreiheit wahren will, muß ihr Mitbestimmungsrecht bekämpfen???

„Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte sieht vor, daß diese bei Unternehmungen in Gesellschaftsform zwei Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden. Die Bilanzen der Aktiengesellschaften werden veröffentlicht: jeder Arbeiter kann sie einsehen. Aber wie sie aufgestellt werden, wie die einzelnen Vermögensobjekte darin bewertet werden, das ist Sache des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Die deutsche Industrie ist groß geworden nicht an den Gewinnen, die sie ausgewiesen hat, sondern an denen, die sie versteckt hat.“

Diesen Satz wollen wir uns ganz genau einprägen.

Zum Schluß kommt der furchtbarste Entsetzungs-schrei, den je ein Unternehmer ausgestoßen hat:

„Eine geradezu ungeheuerliche Forderung ist die, den Betriebsräten Einblick in die Bilanzen und womöglich auch in die Bücher der privaten Unternehmer zu gestatten, das heißt, ihnen sämtliche Geschäftsgeheimnisse zu offenbaren. Mit vollem Rechte hat dieses Verlangen einen Sturm der Entrüstung in den Kreisen von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft erregt.“

„Unannehmbare!“ schreit der Unternehmer. Er schreit wie das Schwein, das abgestochen werden soll. Er schreit, obwohl das Betriebsrätegesetz ja gar kein Messer ist, sondern nur ein harmloses Kinderspielzeug, das ihm gar nichts tut. Doch der Unternehmer ist ängstlich und er schreit mit voller Lunge, wie eben das bewußte Schwein. Doch getrost! Wir werden das Schwein schon schlachten.

## Betriebsrätekonferenz in Halle.

Es waren wohl gute Revolutionäre, die sich in Halle am 24. und 25. 10. versammelten. Lautete doch das Lösungswort, das Eingang zu dieser Konferenz verschaffte: Räteystem und Diktatur des Proletariats. Wer wagt also zu zweifeln? Man fand auch starke Worte gegen die Rückständigkeit

der Gewerkschaften. Das Räteystem sei die höhere und bessere Organisationsform und berufen, uns den Sozialismus zu beschleunigen. Doch trübseln wir etwas Skeptis in diesen guten Glauben.

Wer sind diese Räte? Sind sie Vollzugsorgane des Proletariats? Haben sie irgendwelchen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der ökonomischen oder politischen Verhältnisse? Nichts von alledem. Der Kapitalist erwartet von ihnen Hilfe und Beistand im Umgang mit der Arbeiterschaft. Denn sie ist ungeduldig geworden und nicht mehr so leicht zu lenken, wie früher. Es gilt für ihn nun, mit den Erwählten der Arbeiterschaft in gutem Einvernehmen zu bleiben. Doch die Machtmittel der Betriebsräte sind nicht größer, als die der alten Gewerkschaftsfunktionäre. Und beider Tätigkeit kann und konnte nichts anderes sein, als einige Konzessionen zu erhandeln — Arbeitsgemeinschaften.

Richard Müller, der Referent der Konferenz über die Gewerkschaftsfrage, fand starke Worte gegen die Arbeitsgemeinschaft. Er stand noch ganz unter dem Eindruck der Metallarbeiter-Tagung in Stuttgart und legte jene dort aufgestellten Leitsätze vor. Also Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus. Und doch: Ausbau der Rechte der Betriebsräte. Sitz und Stimme im Aufsichtsrat, Einsichtnahme in die Geschäftsführung u. a. m., alles auf dem Boden kapitalistischer Gesellschaftsordnung. Ja, wie wird uns denn?

Doch das Gewerkschaftsproblem war so einfach nicht zu lösen. Die Räte tun sich als neue Instanz auf, mit denselben Aufgaben, die sonst die Gewerkschaften hatten. Hier arbeitet sich mehr und mehr ein Zwiespalt heraus. Auch dort, wo die alte Gewerkschaftsbürokratie durch „revolutionäre“ Leute ersetzt ist, wachen diese eifersüchtig darüber, daß keine unlautere Konkurrenz einsetzt.

Hier wird es zu einem Kampf kommen. Entweder Räteorganisation oder Gewerkschaften. Eins schließt das andere aus. Doch kämpflos werden die Gewerkschaftler nicht weichen. Darum darf man auch nicht so offen sagen, wie wir Unionisten es tun: Zertrümmerung der Gewerkschaften. Das würde die immer noch mächtigen Verbände in eine scharfe Kampfstellung zu der Räteorganisation bringen. Da beide in ihrer Wesensart sich nicht unterscheiden, hätten die bestehenden ausgebauten Verbände gegenüber den Verbänden den Vorteil. Die vorgelegte Resolution forderte nun, Ausbau der Gewerkschaften zu Industrieorganisationen, die nach Betrieben geordnet werden sollen. Das wäre beinahe eine Konzession an die Unionisten: Betriebsorganisation. Doch ist der Unterschied wesentlich. In den Industrieverbänden wird der gesamte bürokratische Apparat mit allen Bonzen zusammengefaßt und alledert sich nicht mehr nach Zünften, sondern nach Betrieben. Die bessere Einsicht der erleuchteten Geister macht den gewöhnlichen Sterblichen alles bereit und sie brauchen nur hineinzutreten oder sich hineinschieben zu lassen.

Die Arbeiterunion dagegen lehnt es ab, an dem alten morschen Bau noch herumzuflicken. Von Grund auf will sie ein neues Gebäude erstehen lassen. Und der Grundstein liegt in den Stätten der Produktion, in den Betrieben. Einfach, aber solide wird der Bau ausgeführt werden. Jeder soll helfen, allen ihn mit erleben, damit sie seine Stärke erweisen können, um zu wissen, wie hoch er belastet werden darf. Nicht Bonzenweisheit darf dirigieren. Die Masse soll praktisch arbeiten. Die praktische Arbeit mit allen Fehlern, die sie zeitigt, wird sie höher bringen, als alle verzapfte Theorie es vermag.

In seinem Referat rückte Müller auch ganz energisch von der Betriebsorganisation der Unionisten ab. Gleichfalls war die Diskussion nur ein Redekampf gegen die Betriebsorganisationen. Ein Redner hatte den Geschmack, sie als eine Perversität des Genossen Volkheim zu bezeichnen.

Auf ein höheres Niveau kam die Tagung erst wieder durch ein Referat Däumigs über die Rätepraxis und Taktik. Er erkannte unumwunden an, daß sich die bestehenden Räte, genau wie auch die revolutionären Gewerkschaftler in den unlängst eroberten Sesseln, bereits wieder als Bürokraten etabliert haben, daß diese Institutionen in dieser kapitalistischen Gesellschaft genau so verankert sein werden bei einer neuen Revolutionswelle, als die alte Gewerkschaftsbürokratie vor einem Jahre es war.

Trotzdem will aber Däumig die Betriebsräte gebraucht wissen zur revolutionären Propaganda und zur Vorbereitung der Sozialisierung. Er will sich auch an den Wahlen beteiligen, die nach dem kommenden Betriebsrätegesetz ausgeschrieben werden. Alles natürlich zur revolutionären Propaganda.

Nach all dem kann es für das Proletariat nur eins geben:

Alle Weisheit solcher Konfusionsräte abzulehnen. Eine Organisation zu schaffen, die es keinem seiner Mitglieder gestattet, eine Mittelstellung zwischen Proletariat und Bourgeoisie oder deren Organisation, dem Staat einzunehmen. Wir werden vielleicht manche Augenblicksvorteile einbüßen. Aber wir werden die Begensätze die bestehen, schärfer herausarbeiten können. Nur wenn sie von allen gesehen und klar erkannt werden, reifen wir schneller heran zum Endkampf, zum Kampf um die Befrei-

gung des Kapitalismus. Und wohl uns, wenn wir in der Vorbereitung dieses Kampfes keine Existenzen in unseren Reihen großgezogen haben, denen Vermittlungsaktionen zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Beruf werden, die dann am Tage der Entscheidung als Verräter offen in das Lager der Feinde übergehen. Die Revolution hat uns Lehren gegeben. Nutzen wir sie aus.

(Wilh. Dank.)

## Betrachtungen über den Metallarbeiterverbandstag.

Der Verbandstag der Metallarbeiter in Stuttgart hat einen Verlauf genommen, wie er garnicht anders erwartet werden konnte, er lief aus wie das Hornberger Schießen. Die Mehrheitssozialisten hielten ihre Reden nach alter Gewohnheit vom sozialistischen Aufbau, von Arbeit und nochmal Arbeit und vergossen heiße Tränen um die Einigkeit des Proletariats. Kommt zu uns, kehret zurück ihr Verführten, nicht ihr mit eurer Revolution, sondern wir mit unsern Arbeitsgemeinschaften werden die kapitalistische Ausbeutung beseitigen. Laßt ab von eurem Verlangen nach Diktatur und bekehrt euch zur Demokratie. Die politische Freiheit habt ihr bereits errungen, ihr müßt euch nur erst daran gewöhnen, es handelt sich jetzt nur noch darum, die wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen. Aber das ist ein juchbar langwieriger Prozeß, da müßt ihr ja vorsichtig sein und jede Überstürzung vermeiden. Vor allem aber müßt ihr an den Gewerkschaften festhalten, deren bisherige Taktik wir auch in Zukunft festhalten werden. Die Unabhängigen schlossen, nachdem sie die „Missetaten“ der Regierungssozialisten mit dem gewöhnlichen Wortschwall revolutionärer Phrasen „gehört“ gekennzeichniet hatten, gerührt ein Kompromiß. „In den Armen liegen sich beide, und weinen vor Schmerzen und Freude?“ Gemeinschaftlich wollen sie den Kapitalismus bekämpfen, und wer ihnen Konkurrenz macht, schädigt die Arbeiterinteressen. Die Gewerkschaften sind hierfür das geeignete Mittel und dürfen nicht bekämpft werden. „Die Unternehmer erkennen, daß die Gewerkschaften das kostbarste Kleinod der Arbeiterklasse sind,“ erklärte der Wortführer der Opposition. Das Ergebnis der 10-tägigen Redeschlacht ist: Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen. Erhöhung der Gehälter der Angestellten und einige unwesentliche Änderungen des Statuts. Im Übrigen bleibt alles beim alten.

Zwar redet die angenommene programmatische Entschliebung von Klassen- und Massenkämpfen, daß diese aber bei dem Wesen der Gewerkschaften, selbst wenn sie gewollt wären, undurchführbar sind, brauchen wir keinem denkenden Arbeiter näher auseinander zu setzen. Die Bürokratie muß dafür sorgen, daß die Klassen nicht leer werden. Sie muß und wird also jeden Massenkampf zu verhindern suchen. 3 Kämpfe von dem Umfang des Berliner Metallarbeiterstreiks, und der Rassenstrank des Metallarbeiterverbandes ist leer.

Die Entschliebung spricht ferner von dem Zusammenschluß in Industrieverbänden, „um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelten Räteystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden.“ Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit dieser „Umbildung“, wird kein denkender Mensch daran glauben, daß die Gewerkschaftsbürokratie jemals willens sein könnte, die Macht an die zur bildenden Arbeiterräte abzutreten. Auf diese Weise werden wir also nicht zum Räteystem gelangen. Die Utopien stammen aus der U. S. Küche, gekocht in Berlin und Halle. Die Frage des Räteystems wird entgültig gelöst bei der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiter. Die Arbeiter aber haben die Pflicht, sich eine Organisation zu schaffen, die willens ist den revolutionären Kampf zu führen, die frei ist von allem Bürokratismus, die den Stab bricht mit allen konterrevolutionären Einrichtungen und Methoden, die nicht nur den Kampf mit dem Kapital um die Produktionsmittel aufnimmt, sondern auch den Kampf aufnimmt gegen alle, die den kapitalistischen Staat stützen, und dazu gehören in erster Linie die freien Gewerkschaften. Der Aufbau dieser Organisation muß analog dem des Räteystems sein. Wenn der Zeitpunkt des entgültigen Zusammenbruchs gekommen ist, wird aus dieser Organisation das Räteystem entstehen. Diese Organisation kann keine andere sein, als die Allgemeine Arbeiterunion.

## Der Kampf auf den Atlaswerken in Bremen

Seit ca. 6 Wochen stehen die Arbeiter der bremischen Atlas-Werke im Kampfe. Der Grund, warum das bedrohte Kapital zur Aussperrung ge-

griffen hat, war, weil sich die Arbeiterschaft gegen die Wiedereinführung des Vorarbeitersystems verweigerte. Die Direktion brach den Kampf vom Zaune, um vor allen Dingen die Arbeiterschaft zur Annahme des — Akkordsystems zu zwingen. In einem Prospekt, das die Direktion veröffentlichte, versucht sie der Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie gar nicht anders handeln konnte, als die Arbeiter auf das Straßenpflaster zu werfen. Nachdem die Direktion mit wenigen Worten über den tatsächlichen Aussperrungsgrund gesprochen hat, reitet sie eine Attacke gegen die von der Arbeiterschaft geübte passive Resistenz. Der Direktion will es heute gar nicht in den Sinn, daß das Proletariat sich nicht mehr so knechten und drücken lassen will wie das früher der Fall gewesen ist. In dem Prospekt heißt es unter anderen:

„Wir verlangen deshalb die Arbeit nach dem Stücklohnsystem, das die einzig mögliche Art im Betriebe ist, ordnungsmäßige Arbeit durchzuführen, das auch von der Reichsregierung als unbedingt notwendig bezeichnet worden ist, dessen Verweigerung seitens der Arbeiterschaft z. B. nach dem Spruch des Schlichtungsausschusses Braunschweig den Großbetrieb der Firma H. Bissling berechtigte, der gesamte Arbeiterschaft zu kündigen und das in den meisten Industrien Deutschlands, in welchen dasselbe durchführbar ist, entweder während der Revolutionszeit bestehen geblieben oder wieder eingeführt worden ist. Lediglich die Werstindustrie macht hieron eine Ausnahme.“

Unsere Herren Kapitalisten haben es wirklich ungemein leicht und bequem. Sie können sich bei ihrem Verlangen, die Ausbeutungsquote zu erhöhen, sogar auf die — sozialistische Regierung berufen, die es jederzeit zulassen will, daß die Arbeiter die Hungerpeitsche zu fühlen bekommen, die mit ihren Arbeitskräften keinen Raubbau treiben lassen wollen. Und da wage noch einer zu behaupten, daß jene Regierungsspitzen nicht die Steigbügelhalter des Kapitals wären.

Die Direktion der Atlas-Werke hat aber auch lustige Einfälle. So schreibt sie in dem erwähnten Prospekt, daß die Rundschaft nur unter der Voraussetzung Aufträge abgeben würde, wenn die Akkordarbeit wieder eingeführt sei.

Noch besser wird der Witz, wenn sich die Direktion zum Schülzer der Steuerzahler aufwirft. Hören wir:

„Es ist aber auch eine ganz unverantwortliche Schädigung des Reiches, denn nach dem Befehl für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte hat dieses schließlich die Mehrkosten, die für den Bau der Schiffe entstehen, zu tragen. Diese Mehrkosten werden durch geringe Arbeitsleistung zu einer unberechtigten Höhe getrieben und es ist deshalb im allgemeinen Interesse des Reiches eine Notwendigkeit, hiein Abhilfe zu schaffen.“

Eine „unverantwortliche Schädigung des Reiches“, wer lacht da? Als während des Krieges die Danziger-Werke und andere die Preise wahnstinnig in die Höhe trieben, so daß sich die sonst so freigiebige Heeresverwaltung zum Protest gezwungen sah, da meinten jene Herrschaften: „Schön, wenn ihr die hohen Preise nicht zahlen wollt, dann lassen wir die Fabriken stille stehen.“

Und ist das bei den Atlas-Werken vielleicht anders gewesen? Hat die Direktion, als es während des Krieges möglich war, ungemein hohe Profite zu schlucken auch an die „unverantwortliche Schädigung des Reiches“ gedacht. Haben die kapitalistischen Kreise an die „unverantwortliche Schädigung“ gedacht, als sie während des Krieges durch die Kredite, das gesamte Volksvermögen auf Jahre im Voraus belasteten? Wer hat denn die Milliarden verschlungen? Und in dem Augenblick, wo die kapitalistische Gesellschaft infolge ihrer Milliardenanleihen die gesamte Volkskraft auf Jahre hinaus verbraucht hat, da hat sie den blödesten und ungeheuerlichsten Raubbau getrieben. Und nun sollen die Arbeiter wiederum die Kosten tragen, indem sie sich der wüßtesten Ausbeutung unterwerfen? Das Argument der Direktion der Atlas-Werke erinnert denn doch zu sehr an das bekannte Wort: Haltet den Dieb!

Daß der Direktion der Atlas-Werke bei ihren Argumenten, die sie in dem Prospekt verwendet hat, selbst nicht sehr wohl zu Mute gewesen ist, geht aus einem am 20. Oktober gedruckten Schreiben hervor. Die Direktion versucht die Sache so hinzustellen, als wenn sie sich der vielen Anfragen, die die Arbeiter an sie richteten, nicht anders entgegen könnte als durch ein besonderes Schreiben. In Wirklichkeit handelt es sich nur um einen Gimpel-fang, wie jeder klar sehen wird. Der Brief lautet:

„Atlas-Werke Aktiengesellschaft Bremen

Bremen, den 20. Oktober 1919.

Auf die Anfrage einiger unserer Arbeiter, wann und unter welchen Bedingungen die Wiedereröffnung des Betriebes erfolgen könne und weshalb die Werksleitung hiermit nicht an die Öffentlichkeit komme, haben wir folgende Antwort erteilt, die wir auch Ihnen hiermit zur Kenntnis bringen:

„Wir haben Ihr gest. Schreiben vom 16. dieses Monats erhalten und teilen wir Ihnen in Beantwortung desselben mit, daß die Bereitwilligkeit zur Eröffnung des Betriebes von uns bereits vor einigen Wochen bei der ersten Besprechung, die wir nach der Schließung mit dem

Arbeiterrat hatten, ausgesprochen ist. Wir haben feinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß der Betrieb jeden Tag wieder eröffnet werden könne unter der Voraussetzung, daß zwischen Werksleitung und Arbeiterschaft auf Grund der gesetzlichen Vorschriften verhandelt wird, also nicht durch Demonstrationen, Gewalttätigkeiten und Bedrohungen vorgegangen wird, ferner im Betriebe Ordnung gehalten und fleißig gearbeitet wird und Belästigungen, Bedrohungen und Angriffe irgendwelcher Art gegen andersdenkende Arbeiter und Beamte unterbleiben. Voraussetzung ist weiterhin die Aufnahme der Stücklohnarbeit auf Grund der zwischen der Kommission der Werksleitungen und Werstarbeiter feinerzeit festgesetzten Richtlinien.“

Der Arbeiterrat teilte uns mit, daß er eine zentrale Erledigung der Angelegenheit beantragt habe, und auf seine Bitte erklärten wir uns bereit, bevor wir irgendwelche Schritte unternehmen, zu warten, und ihm noch einmal das Wort zu gönnen. Wir haben aber auf weitere Nachrichten des Arbeiterrats vergeblich gewartet. In einer erneuten Besprechung am 18. dieses Monats haben wir unsere Bereitwilligkeit zur Öffnung der Betriebe, unter den gleichen Bedingungen, wie oben angegeben, wiederholt. Der Arbeiterrat hat uns wiederum gebeten, mit Maßnahmen zu warten, bis er Gelegenheit gehabt habe, in der am 21. Oktober stattfindenden Betriebsversammlung die Verhältnisse darzulegen.

Die Bedingungen und Gründe dafür, unter denen wir die Betriebe öffnen können, sind in den beiliegenden Ausführungen enthalten. Wir bieten unter Gewährleistung der bisherigen Stundenlöhne als Mindestlohn die Möglichkeit wesentlich höheren Verdienstes. Wir bieten ferner weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei dem Aufbau des Stücklohnsystems, und müssen nunmehr das Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft haben, daß die Erfahrungen der vergangenen Monate ihr die Augen geöffnet haben, wohin wir treiben, wenn es weitergeht wie bisher. Wir hoffen, daß die Einsicht groß genug sein wird, die wiederum gebotene Hand zu ergreifen.“

Und trotzdem haben die Arbeiter doch nicht die „große Einsicht“ besessen, um die „wiederum gebotene Hand zu ergreifen“. Warum? Als Aufnahmebedingungen waren jene „Richtlinien“ aufgestellt, die die Verhandlungsbasis der Schlichtungskommissionen der Werften bildeten und die durch Abstimmung abgelehnt wurden.

Nun ruht der Betrieb rund 6 Wochen. Und mit der Zeit wird das „Feiern“ auch der Direktion etwas langweilig. Deshalb sucht sie neue Mittel, wie sie die Aussperrung, also ihre selbst gewählte Kampfeswaffe illusorisch machen könnte. Obgleich an der Arbeiterschaft heute so wenig zu verdienen ist, weil sie sich nicht mehr die skrupellose Ausbeutung gefallen läßt, so ist mit den toten Maschinen allein aber rein gar nichts zu verdienen. Und so geht die Direktion erneut auf den Gimpel-fang und schickt „ihren“ Arbeitern ein zweites Schreiben, just wie es der Bürgerausschuß früher mit den antibolschewistischen Briefen getan hat. Viel Erfolg wird die Direktion freilich auch jetzt nicht haben. Der Brief vom 25. Oktober 1919 lautet:

„Bremen, den 30. Oktober 1919. Das beifolgende Rundschreiben war zur Absendung am 25. Oktober vorgesehen, ist aber zurückgehalten worden, weil uns inzwischen vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses mitgeteilt wurde, daß eine Besprechung mit uns bei ihm vom Arbeiterrat erbeten sei. In dieser am 27. Oktober stattgefundenen Besprechung haben wir bei sofortiger Aufnahme der Arbeit zu den von uns bekanntgegebenen Bedingungen zugestanden, daß, wenn in den neu begonnenen zentralen Verhandlungen die Stücklohnarbeit beschlossen, dabei aber bessere Lohnsätze und andere Bedingungen beiderseits angenommen werden, wir unserer Arbeiterschaft die gleichen Bedingungen einräumen würden. Hierauf ist uns bislang keine zustimmende Antwort zugegangen. Wir senden Ihnen deshalb nunmehr das beifolgende Rundschreiben zu, mit dem Bemerkung, daß wir für diejenigen, die zu unseren Bedingungen die Arbeit aufnehmen wollen, dieses Zugeständnis aufrechterhalten. Wir bleiben nunmehr Ihrer Antwort erwartend. Atlas-Werke Aktiengesellschaft.“

„Atlas-Werke, Aktiengesellschaft, Bremen. Bremen, den 25. Oktober 1919. Wir haben Ihnen mit unserem Rundschreiben vom 20. ds. Monats die Gründe mitgeteilt, aus welchen von uns eine Wiedereröffnung der Betriebe bislang nicht erfolgte. Nachdem nunmehr die in Aussicht genommene Betriebsversammlung stattgefunden hat und der Arbeiterrat uns keine Erklärung über die Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit bringen konnte, wenden wir uns direkt an unsere Arbeiterschaft. Die in der Betriebsversammlung gefasste Resolution behauptet, daß die Direktion die Arbeitsaufnahme unter schlechteren Bedingungen fordere. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Wenn die bisherigen Löhne als Mindestverdienst garantiert und eine Erhöhung des Verdienstes ermöglicht wird, tritt ohne Zweifel eine Verbesserung und keine Verschlechterung ein. Da wir nun wissen,

daß eine große Anzahl Arbeiter aller Gewerke sehnlichst auf die Wiedereröffnung der Fabrik wartet, wollen wir diesen Gelegenheit zur Arbeit und Verdienst geben, in der Erwartung, daß eine große Anzahl unserer Arbeiter an dauernder Arbeit und an der Wiederaufrichtung der Fabrik Interesse haben. Bei ordnungsmäßiger Arbeit, wie sie nach unseren Ausführungen verlangt werden muß, sind wir in der Lage, solche auf lange Zeit zu sichern. Wir fragen Sie deshalb, ob Sie bereit sind, auf der bereits mitgeteilten Grundlage die Arbeit wieder aufzunehmen, und ersuchen Sie, Ihre Antwort auf beifolgendem Zettel baldmöglichst durch die Post unter Benutzung des beigefügten Umschlages einzusenden. Ihre Antwort wird unbedingt geheim gehalten. Beantworten diese Frage eine entsprechende Anzahl unserer Arbeiter mit „Ja“, wird die Wiedereröffnung sofort erfolgen, andernfalls müssen wir andere Maßnahmen zur Abwicklung unserer Geschäfte durchführen, und die Folgen der Ablehnung der von uns wiederum gebotenen Gelegenheit zur Arbeit und zu besserem Verdienst als bisher werden dem Teil der Arbeiterschaft zur Last fallen, der die Schuld daran trägt, daß solche Zustände herbeigeführt und daß die Wiedereinführung geordneter Arbeitsverhältnisse verhindert wird. Atlas-Werke, Aktiengesellschaft.“

Die Direktion ist aber sehr entgegenkommend. Sie begnügt sich nicht allein mit dem Briefe, sondern legt auch noch eine „Erklärung“ bei. Der Arbeiter braucht sie nur zu unterschreiben, und wenn sich genügend — — Jubasse gefunden haben, dann soll der Betrieb aufgenommen werden. Die Erklärung ist kurz und bündig:

Ich bin zur Arbeitsaufnahme zu den von Ihnen mitgeteilten Bedingungen bereit. Fabrik-Nr., Name.

Wenn dieses Rundschreiben nicht hilft, dann hilft wohl nichts mehr. Man denke doch: Alle, die sich melden werden geheim gehalten. Was will man also noch mehr?

Die Antwort wird freilich eine ganz andere sein, als wie sich die Direktion der Atlas-Werke denkt.

Gerade die krampfhaften Bemühungen der Direktion werden der Arbeiterschaft zeigen, daß die Atlas-Werke unter der selbst eingeleiteten Aussperrung am schwersten leiden. Es werden sich keine Arbeiter finden, die sich mit wahrer Wollust unter die Kruste eines zerrütteten Kapitalismus beugen, ob das geheim oder öffentlich geschehen soll. Die Arbeiterschaft der Atlas-Werke weiß, daß sie der Prüfling sein soll. Unterwerfen sie sich den Bedingungen, dann wird es nur eine Frage der Zeit sein und auf allen Werken wird man auf die Annahme der Akkordarbeit drängen, weil — — die Atlas-Werke sie eingeführt haben. Und dann wird wieder ein Keil den andern treiben.

Aus dieser Erkenntnis heraus wird die Direktion noch lange ihre Leimruten auslegen können, ohne daß die Arbeiterschaft darauf kriegen wird.

Nach Schluß der Redaktion ging uns noch folgendes Rundschreiben der Direktion zu, aus dem noch deutlicher zu ersehen ist, wie gerne die Direktion ihre „faulen“ und das „Reich so unverantwortlich schädigenden“ Arbeiter wieder haben möchte. Am Ende wird auch den Herren Direktoren klar, daß ohne Arbeiter auch sie eines Tages Hungerpfoten saugen müssen. Das Schreiben lautet:

„Es wird uns mitgeteilt, daß der Arbeiter- rat die von uns eingesandten Stimmzettel in der Betriebsversammlung einfordern will. Wir machen Sie deshalb darauf aufmerksam, daß es nicht erforderlich ist, daß Sie zu Ihrer Erklärung, ob Sie die Arbeit zu den bekanntgegebenen Bedingungen wieder aufnehmen wollen, den von uns eingesandten Stimmzettel benutzen. Es genügt vollkommen, wenn Sie auf einem Stück Papier das Wort „Ja“, sowie Ihren Namen und Fabriknummer angeben, und Sie können zur Einsendung an uns irgend einen Briefumschlag, an uns adressiert, verwenden. Bremen, 1. November 1919. Atlas-Werke.“

Die Arbeiter werden auch ohne Kommentar den Zweck des Schreibens verstehen und werden die Direktion noch etwas warten lassen, bis — — nun bis man dem Arbeiter zugestehen wird, über die Ausnützung seiner Arbeitskraft auch ein Wort mitzureden.

### Ein Dokument.

Ein in der Union organisierter Genosse erhielt folgendes Schreiben:

Bremen, d. 29. Okt. 1919  
Herrn Rudolf Wehrum

Hier.  
Werter Kollege! Wir teilen Dir mit, daß nach Deinen Erklärungen, welche Du in der Ortsverwaltungsitzung vom 28. Oktober abgegeben hast, daß Du in demselben Sinne wie bisher weiter für die Betriebsorganisation arbeiten wirst, die Ortsverwaltung das Ausschlußverfahren gegen Dich eingeleitet hat.

Mithin ruhen Rechte und Pflichten des Verbandes während des Ausschlußverfahrens.

(Stempel.) Die Ortsverwaltung.

J. A.: gez. H. Allermann.

Zu dem Vorgehen des Holzarbeiterverbandes

brauchen wir kein Wort zu verlieren. Wir sind gespannt, wann der Holzarbeiterverband den nächsten Schritt unternehmen wird, um den Genossen auf das Straßenpflaster zu werfen.

### Berichtungsberichte.

Die letzte Vertrauensmänneritzung der Allgemeinen Arbeiter-Union Groß-Hamburgs am letzten Sonntag beschäftigte sich u. a. mit der Schaffung von Mitteln zur Errichtung einer ständigen Geschäftsstelle der A. U. für Hamburg. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, den Arbeitern in den Betrieben den Vorschlag zu unterbreiten, einen Extrabeitrag von 2 Mark zu diesem Zweck zu erheben. Arbeitslose Mitglieder der Union hätten 1 Mark zu zahlen.

Zu langwierigen Auseinandersetzungen führte die Frage, ob diese Beiträge von allen Mitgliedern durch Kleben von Marken oder aber durch freiwillige Steuer zu erheben seien. Die Vertrauensleute beschloßen, der Mitgliedschaft den ersteren Weg zu empfehlen.

Eine in einer früherer Sitzung gewählte Kommission erstattete Bericht über ihre Verhandlungen mit dem Seemannsbund und der Ortsgruppe Hamburg der syndikalistischen Organisation. Es wurde festgestellt, daß diese beiden Organisationen der A. U. keineswegs freundlich gegenüberstehen. Es wurde die um drei Mitglieder erweiterte Kommission beauftragt, mit dieser Organisation eine Verständigung zwecks Zusammengehens bei etwaigen Aktionen anzubahnen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Verbreitung der Bremer Wochenschrift „Kampf“ diskutiert und beschlossen. Ein Antrag, eine eigene Wochenschrift für Hamburg herauszugeben, gelangte nicht zur Annahme, dafür entspann sich eine lebhaft Diskussion über die Anregung, die R. A. Z. zum Publikationsorgan der A. U. zu machen.

Ein Genosse, Mitglied der R. P. D., trat diesem Vorschlag entschieden entgegen unter Hinweis darauf, daß durch Propagierung der R. A. Z. unter den Mitgliedern der Union diejenigen Kollegen vor den Kopf gestoßen würden, die nicht zur R. P. D. gehören.

Dieser Ansicht trat eine Reihe von Genossen entgegen, die nachwiesen, das die R. A. Z. das einzige Arbeiterblatt Hamburgs ist, welches die A. U. propagiert und unterstützt hat. Auch die Spaltung in der R. P. D. und der Kampf der Hamburger Organisation gegen die Zentrale ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß die R. P. D. entschieden für die A. U. eintrat und das Vozentum in der Zentrale der R. P. D. bekämpfte, das mehr oder weniger gewerkschaftsfeindlich sei.

Besonderen Beifall fanden die Ausführungen eines Mitgliedes der U. S. P., das ebenfalls dafür eintrat, daß die R. A. Z. nur allein es verdiene, von der A. U. unterstützt zu werden, da die „Hamb. Bztg.“ nicht nur im Prinzip gegen die Union Stellung nehme, sondern in Bonzenmanier auch jede Nachrichten und Notizen über das Leben der A. U. unterdrücke.

Am 30. v. Mts. sprach in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung in Bremerhaven der Kollege Karl Roche aus Hamburg im Sinne der Betriebsorganisation. Der Redner schilderte eingehend die Entwicklung der konterrevolutionären Berufsverbände und fand auch die richtigen Worte für den übertriebenen Föderalismus der starren Syndikalisten. In der Diskussion traten als Gegner ausnahmslos die Syndikalisten in die Arena. Sie sehen nicht einmal einen Unterschied zwischen der Arbeiter-Union und der syndikalistischen Vereinigung. Sie halten die „Union“ lediglich für ein „Konkurrenzunternehmen“. Das sind die deutschen Syndikalisten! Sie waren revolutionär, als es nur galt, Kritik an den Zentralgewerkschaften zu üben, sie werden konterrevolutionär und endigen in der kleinbürgerlichen Ideologie, wenn die Entwicklung zur Vorbereitung der revolutionären Aktion drängt. Es war ein leichtes, ihre Inkonsistenzen und ihre persönliche, gehässige Diskussion richtig zu stellen.

Karl Roche antwortete mit den nackten Tatsachen, die ihn veranlaßt haben, seinen Austritt aus der syndikalistischen Förderung zu vollziehen.

In einer Betriebsversammlung der Lloyd-Dynamowerke Bremen sprach Genosse Schmidt über Betriebsorganisation oder Gewerkschaften. Als Korreferent sprach der Unabhängige Bögeding (Unter-kassierer des Metallarbeiterverbandes). Daß Bögeding eine Lanze für die Gewerkschaften brach, versteht sich am Rande. Er führte unter anderem aus: „Die passive Resistenz ist geeignet, das gesamte Wirtschaftsleben zu vernichten. Mit deren Hilfe zerstört man die Fabriken, Maschinen usw.. Das liegt nicht im Interesse des Proletariats, weil da die Produktionsmittel ebenfalls gebraucht werden.“ Als Genosse Schmidt den revolutionären Unabhängigen über das Wesen der passiven Resistenz aufgeklärt hatte, meinte der Gemütsmensch: „Passive Resistenz haben wir schon immer gelübt“. Im weiteren erklimm er den Gipfel der Bürokratenweisheit, indem er die Unionisten für „Selbe“ erklärte, und dann für die — — Revolutionierung der Gewerkschaften eintrat. Die Widerspruch des Korreferenten riefen selbst bei den strammen Gewerkschaftlern Kopfschütteln hervor.

Der Gang der Entwicklung wird zeigen, wer auf das Niveau der Selben herabsinkt. Die Gewerkschaftsbürokraten sind bis jetzt immer die Handlanger des Kapitalismus gewesen — u. etwas anderes waren die Selben doch auch nicht. Trotzdem wird die Union marschieren und wenn sich noch mehr Bögedings entgegenstemmen.

Enden. Am 23. Oktober sprach in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Osterloh über das Thema: Betriebsorganisation oder Gewerkschaften. Die Versammlung war sehr gut besucht, trotzdem an diesem Abend der Transportarbeiterverband seine Generalversammlung einberufen hatte.

Der Referent legte das Wesen der Gewerkschaften ausführlich dar. An der Hand von Beispielen zeigte er, daß die Gewerkschaften als Kampforganisationen im Massenkampf überholt seien. Dieselbe Bürokratie, die heute die Verwaltungsstellen des kapitalistischen Staates inne hat, kann natürlich keine Interessen der Arbeiter vertreten. Im weiteren legte er dann das Wesen der Arbeiterunion klar und kam zu dem Schluß, das es für das Proletariat keinen anderen Ausweg geben kann als zu der Gründung der Betriebsorganisation zu schreiten. Zum Schluß gab der Referent einen Überblick über den Aufbau der Betriebsorganisation.

In der freien Aussprache wandten sich verschiedene Redner gegen die Betriebsorganisation, die für den Augenblick noch nicht gegeben sei. Es wurde die Ansicht vertreten, daß das Kapital mit Kapital zu bekämpfen sei. Dazu böten die Gewerkschaften die beste Grundlage.

Im Schlußwort gelang es dem Genossen Osterloh die geäußerten Bedenken mit Leichtigkeit zu widerlegen. — Es wurde dann eine Resolution angenommen, in der sich die Versammelten restlos auf den Boden der Allgemeinen Arbeiterunion stellten.

### Allgemeine Arbeiter-Union

Jeden Montag, Abends 7 1/2 Uhr

Redner-Kursus

im Klubzimmer der Centralhallen 13.—

### Schriftenverzeichnis:

- N. Bucharin: Programm der Kommunisten (Bolschewiki) 2.— Mk
- N. Bucharin: Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturz der Bourgeoisie 1.50 Mk
- N. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht 1.50 Mk
- N. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky 1.50 Mk
- Die Verfassung der russischen soz. Sowjet-Republik 0.50 Mk
- Karl Radek: Die internationale Lage und die äußere Politik der Räteregeierung 0.40 Mk
- Karl Radek: Die russische und deutsche Revolution und die Weltlage 0.60 Mk
- Karl Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat 0.40 Mk
- Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius) 1.50 Mk
- Heinrich Laufenberg: Die Hamburger Revolution 0.75 Mk
- Heinrich Laufenberg: Karl Liebknecht zum Gedächtnis 0.30 Mk
- Heinrich Laufenberg: Was heißt Sozialismus? 0.60 Mk
- Fritz Wolffheim: Ruchschast oder Weltrevolution 0.50 Mk
- Fritz Wolffheim: Betriebsorganisation oder Gewerkschaft? 0.50 Mk
- Fritz Sturm: Das Bolschewistische Rußland 0.50 Mk
- Karl Radek: Anarchismus und Räteregeierung 0.50 Mk
- Paul Fröhlich: Der Weg zum Sozialismus 0.40 Mk
- Die Kommunistische Internationale (Manifest und Beschlüsse des Moskauer Kongresses 2. u. 6. März 1919.) 1.50 Mk
- Proletarier singe! Taschenliederbuch 1.50 Mk
- Karl Becker: Der Kampf um die Allgemeine Arbeiter-Union 0.50 Mk

Zuzüglich 10% Feuerungszuschlag  
für Hamburg: Karl Hoym, Hamburg 11, Admiraltätsstr. 19  
für Bremen: Phönix Verlag, Buchstr. 42 i. 53.—

### Allgemeine Arbeiter-Union

Ortsauschuß Bremen

Einzelmitglieder aus den Kleinbetrieben wollen sich zwecks Auskunft an einen der folgenden Genossen wenden:

- Altstadt: Fr. Unger, Stephanitorwallstr. 10
- Westl. Vorstadt: A. Morr, Blütenstr. 1  
Streich, Scheffelstr. 7
- Gröpelingen: D. Traupe, Glogauerstr. 26
- Woltmershausen: Coors, Westerdeich 105
- Findorf-Vorstadt: Fuß, Ziegelstr.
- Walle: Conradi, Hufumerstr. 34
- Grambke: Kränke, Hüttenstr. 66
- Ostertor: Werum, Bernhardtstr. 7
- Buntentor: Th. Cavler, Geschworenweg 150
- Hafstedt: Schenkemeier, Bahrer-Weg 33  
Heinr. Brackert, Am schwarzen Meer 132
- Neustadt: Jul. Fey, Pappelstr. 76
- Ostertor-Scharmbeck-Ritterhude: Emil Bielinski, Scharmbeck. 34.40